

**Antrag:** A-4  
**Antragsteller:** ASF Frankfurt  
**Betreff:** AGG 2 - Verbandsklagerecht beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz einführen

1 Der Parteitag der SPD Frankfurt möge beschließen:

2 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ist am 18. August 2006 in Kraft getreten. Es hat zum Ziel,  
3 Benachteiligungen aus Gründen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder  
4 Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu  
5 beseitigen.

6 Schwerpunkt ist der Schutz vor Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, daneben sind im AGG aber  
7 auch Vorschriften zum Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr verankert.

8 Betroffene schrecken oft vor den Belastungen zurück, als alleinige Kläger ihre  
9 Diskriminierungserfahrungen vor Gericht zu schildern und ihre Rechte durchsetzen. Für einen effektiven  
10 Rechtsschutz wäre es daher sinnvoll, die gesetzliche Stellung und die Befugnisse der  
11 Antidiskriminierungsverbände auszuweiten: durch eine so genannte Prozessstandschaft  
12 (Prozessstandschaft ist die Befugnis, im eigenen Namen einen Prozess über ein fremdes Recht zu führen)  
13 und ein Verbandsklagerecht, so dass Verbände Prozesse für Betroffene führen können. In anderen  
14 Bereichen, etwa dem Umweltrecht, wird dies bereits erfolgreich praktiziert. Zugleich soll nach Meinung  
15 eines Evaluationsteams das Mandat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ausgeweitet werden:  
16 Dazu zählt unter anderem ein Akteneinsichts- und Auskunftsrecht sowie die Kompetenz, Betroffene bei  
17 Klagen durch Stellungnahmen und Rechtsgutachten vor Gericht zu unterstützen. Vorgeschlagen wird  
18 außerdem ein sogenanntes altruistisches Klagerecht in Fällen von grundlegender Bedeutung.

19 Der Frankfurter SPD Unterbezirksparteitag fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, sich für ein  
20 Klagerecht für Antidiskriminierungsverbände gemäß obiger Vorgaben einzusetzen.

21 **Begründung wenn gewünscht mündlich**

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Beschlusstext Zeile 19-20, Rest Begründung.

Annahme in geänderter Form „ Der Frankfurter SPD Unterbezirksparteitag fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, sich für ein Verbandsklagerecht im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz einzusetzen.“ und Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion